



„Köln Kann Auch Anders“:

## **Sorge um unzureichende Maßnahmen zur Bewältigung der Archiv-Katastrophe vom 3. März 2009**

Folgt man den Ausführungen von Kulturdezernat und Archivleitung, dann wird derzeit alles nur Erdenkliche getan, um die Folgen der Archiv-Katastrophe zu bewältigen, sprich: die geborgenen Archivalien zu restaurieren und die Bestände möglichst rasch in Köln wieder zusammenzuführen. Das zumindest war Tenor einer Informationsveranstaltung für die Nachlassgeber und Depositare am 22.4.2010 im Historischen Rathaus, im Rahmen derer der OB Jürgen Roters, Kulturdezernent Georg Quander und Archivleiterin Bettina Schmidt-Czaia die Stadt vertraten.

OB Roters lobte hier ausdrücklich die Arbeit seiner Verwaltung in Sachen Archiv und erklärte, dass es ihr ein besonderes Anliegen sei, das verloren gegangene Vertrauen der Nachlassgeber und Depositare durch qualifizierte Arbeit zurück zu gewinnen.

„*Köln Kann Auch Anders*“ ist mit Blick auf die bisher geleistete Arbeit allerdings weniger euphorisch. Es sind vor allem drei Punkte, die uns Sorge bereiten und an denen wir Spielraum für mögliche Verbesserungen sehen:

### **1. Die Archiv-Stiftung muss Chefsache werden**

Die Gründung der „Stiftung Stadtgedächtnis“, aus deren Zinserträgen künftig der Wiederaufbau des Archivs teilfinanziert werden soll, ist bislang alles andere als reibungslos verlaufen. Es gab ein für die Stadt Köln peinliches Gezerre um die Einlagen von Bund und Land, und das bisher eingeworbene Stiftungskapital blieb mit ca. 7 Mio € weit hinter den Erwartungen zurück. Im Übrigen ist der Gründungsakt bis heute nicht abgeschlossen.

Die „Stiftung Stadtgedächtnis“ wird ein Kapital in dreistelliger Millionenhöhe einwerben müssen, damit aus den Zinserträgen überhaupt nennenswerte Finanzierungsbeiträge in Sachen Archiv getätigt werden können. Zur Erinnerung: Nach derzeitigem Stand müssten allein zur Restaurierung der geschädigten Archivalien 100 Restauratoren 60 Jahre lang beschäftigt und damit auch finanziert werden.

„Köln kann auch anders“ befürchtet deshalb, dass die bisherigen Anstrengungen, die Stiftung zu einem Erfolg zu führen, bei weitem nicht hinreichend sind. Uns scheint es eine Fehleinschätzung, zu glauben, die Entwicklung der Stiftung könne verantwortlich vom Kulturdezernat geleitet werden. Bei den Summen, die es einzuwerben gilt, ist die oberste Stadtspitze, sprich: der OB gefragt. Zum anderen wird es darum gehen müssen, ein handverlesenes Gremium international angesehener Persönlichkeiten zusammenzustellen, die aufgrund ihrer Kontakte als „Botschafter“ der Stiftung wichtige Personen und Institutionen direkt ansprechen könnten, zu denen eine Stadtverwaltung womöglich schwieriger Zugang hätte. Ein solches Gremium zur vertrauensvollen Zusammenarbeit in Sachen Stadtarchiv zusammen zu bringen, ist Sache des Oberbürgermeisters in seiner Funktion als oberster Repräsentant der Stadt. Unserer Auffassung nach kann und darf man dies nicht delegieren. Die Aufgabe scheint im Kulturdezernat falsch platziert.

## 2. Die Bestandszusammenführung sollte unter Einbezug externen Sachverständigen neu ausgerichtet werden

Laut Archivleitung läuft die Bestandszusammenführung auf vollen Touren. Zur Erinnerung: Nach der Bergung der Archivalien wurden diese allenfalls bruchstückhaft erfasst und an 19 sog. Asyl-Archive weiterverteilt. Inzwischen reisen Kölner Archivare von Asyl-Archiv zu Asyl-Archiv, um die dort zwischengelagerten Bestände zu erfassen und unter Angabe ihres Schädigungsgrades in einer zentralen Datenbank (ACTApro) zu speichern. Das klingt auf den ersten Blick sachgerecht, hat aber einen entscheidenden Haken. Die Erfassungsarbeit ist alles andere als ein technokratischer Vorgang. Zwar könnte selbst ein Außenstehender mittels Findbuch und Aktennummer diejenigen Bestände identifizieren, die sich noch als einigermaßen zusammenhängendes Konvolut bergen ließen. Viele Bestände wurden aber beim Einsturz durcheinander gewirbelt und lagern jetzt an verschiedenen Orten. Nachlässe des 20. Jahrhunderts waren zum Teil noch nicht sortiert oder durchpaginiert. Solche Bestände wieder zusammenzufügen, setzt mehr als archivarisches Qualifikationsniveau voraus – es verlangt neben dieser Qualifikation eine genaue inhaltliche KENNTNIS der Bestände und reichhaltige ERFAHRUNGEN im Umgang mit ihnen.

„Köln Kann Auch Anders“ ist deshalb erstaunt, dass bislang unseres Wissens kaum auf den reichen Erfahrungsschatz langjähriger ehemaliger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Archivs zurückgegriffen wird. Warum sollte man sich scheuen, dies zu tun? Über die

erfahrenen ehemaligen Mitarbeiter hinaus gibt es eine erkleckliche Anzahl an Forschern, die intensiv mit einzelnen Beständen gearbeitet haben und diesbezüglich intime Kenntnisse sowie einen fundierten Überblick über inhaltliche Zusammenhänge besitzen, die sonst nirgendwo vorhanden sind. Bislang werden Angebote an das Archiv, die aus diesen Reihen kommen bloß zur Kenntnis genommen. Eine Bereitschaft, „Externe“ in die Arbeit der Bestandszusammenführung einzubinden, ist bisher nicht erkennbar. Diese Praxis ist im Sinne einer möglichst raschen Zusammenführung der Bestände nicht nachvollziehbar. Weil die derzeitige Organisation der Bestandszusammenführung erheblich optimiert werden könnte, erwartet „*Köln kann auch anders*“, dass diese neu durchdacht und unter Einbezug externen Sachverständs (ehemalige Archivmitarbeiter + Forscher) neu ausgerichtet wird.

### 3. Die Auskunftsbereitschaft gegenüber den Nachlassgebern und Depositaren muss grundsätzlich verbessert werden

Auf der o. g. Veranstaltung wurde außerdem bekannt gemacht, dass eine vollständige Auskunft über die Archivalien gegenüber den Nachlassgebern und Depositaren erst nach der Sichtung und Bestandszusammenführung, also in etwa 5 Jahren, möglich sein wird. Ab Mitte 2011 wolle die Stadtverwaltung unaufgefordert Zwischenauskünfte zur Bergung und Bestandszusammenführung geben. Bis dahin würden individuelle Anfragen nicht bearbeitet! Aus Sicht von „*Köln kann auch anders*“ ist diese Vorgehensweise kaum geeignet, verloren gegangenes Vertrauen wieder herzustellen. Technisch gesehen bietet das Verfahren der Bestandssichtung und -bewertung die Möglichkeit, jederzeit Auskunft über den bis dahin festgestellten Zustand der einzelnen Bestände zu geben. Warum will man denjenigen, die ihre Materialien dem Archiv anvertraut hatten und seit dem Einsturz des Archivs in Sorge sind, diese zeitnahen Auskünfte verweigern? Eine verantwortungsvolle Betreuung von Nachlassgebern und Depositaren sieht anders aus. Es wäre fatal, wenn sich der Eindruck verdichten sollte, dass die Bürgerinnen und Bürger der Stadt aus Verwaltungssicht als Störpotential betrachtet werden, deren Nachfrage und Einmischung unerwünscht ist. „*Köln kann auch anders*“ bittet daher mit Nachdruck darum, die Auskunfts- und Betreuungsarbeit seitens des Archives neu zu konzipieren. Die derzeitige Praxis ist mit dem Anspruch eines „Bürgerarchivs“ nicht vereinbar.

Frank Möller, 27.4.2010